

Beschluss des Parteirates

11. Februar 2008, Berlin

Grüne

Vielfalt leben, Vielfalt erhalten

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist Grün

Biologische Vielfalt ist die Grundlage allen Lebens. Sie gibt uns die Luft zum Atmen, versorgt uns mit Trinkwasser und Lebensmitteln. All das ist in Gefahr. Wir Grüne warnen seit vielen Jahren vor dem Verlust der biologischen Vielfalt (Biodiversität). Das Aussterben von Arten und die Zerstörung komplexer Lebensräume schreiten beschleunigt und bedrohlich voran. Dieses Thema muss daher endlich mehr politisches, aber auch gesellschaftliches und wirtschaftliches Gewicht erhalten. Neben dem Klimawandel und der Verschmutzung sowie Versiegelung von Böden und Wasser, ist der Verlust der biologischen Vielfalt das größte globale Umweltproblem der kommenden Jahrzehnte. Diese Probleme sind eng miteinander verflochten und bedingen einander. Grüne Politik setzt bei Lösungsstrategien an, die Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe begreifen. Einseitige Bekenntnisse zum Schutz einzelner Spezies greifen zu kurz, es bedarf eines systemischen Ansatzes.

In der öffentlichen Debatte spielt der Verlust der biologischen Vielfalt kaum eine Rolle, dabei geschieht er vor unseren Augen. In Deutschland sind 70 Prozent des Waldes sichtbar oder schwer beschädigt. In Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere



bereits ausgestorben. Jeden Tag sterben 150 Arten aus. Im Rahmen der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt (COP 9) in Bonn im Mai dieses Jahres, wird dem Thema in Deutschland und weltweit eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, die wir nutzen wollen.

Als Gastgeber hat Deutschland besondere Verantwortung vorbildhaft voranzugehen. Die von der Bundesregierung vorgelegte nationale Strategie zur biologischen Vielfalt genügt diesen Ansprüchen jedoch bei weitem nicht. In den Kernbereichen Land- und Forstwirtschaft, Gentechnik, Meeresnutzung, Verkehrspolitik und nicht zuletzt in der Energiepolitik konterkariert sie die Ziele der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD). Gerade als Gastgeber, und somit in der Rolle des Konferenzvorsitzes, muss Deutschland ehrgeizige Forderungen und Zukunftsstrategien vorantreiben, um am Ende der COP 9 zu möglichst weitreichenden Beschlüssen zu kommen.

Entlang den Zielen der CBD unterstützen wir Grüne aus vollen Kräften den Schutz der biologischen Vielfalt um ihrer selbst willen, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und ihrer Lebensgrundlagen sowie die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen. Daraus ergeben sich für uns eine Reihe von Konsequenzen, die die Bundesregierung ziehen muss.

Die Zeiten des „Wenn und Aber“ sind vorbei. Mopsfledermäuse und Feldhamster dürfen nicht länger für das überholte Gegeneinander von wirtschaftlicher Entwicklung und dem Erhalt biologischer Vielfalt für Wahlkämpfe missbraucht werden. Der Schutz biologischer Vielfalt ist kein Gegensatz zu wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven, auch wenn dies gerne von den anderen Parteien so dargestellt wird, sobald es konkret wird. Die Erkenntnis, dass der Schutz biologischer Vielfalt ein sogenanntes „hartes“ Thema ist, setzt sich mehr und mehr auch in der breiten Bevölkerung durch. Die Blockierer sitzen zumeist in der Industrie und in den Parlamenten. 70 Prozent der Europäer glauben, dass sie selbst oder ihre Kinder die Folgen des Biodiversitätsverlustes künftig zu spüren bekommen werden. 93 Prozent halten den Schutz der Natur für eine moralische Verpflichtung und 75 Prozent glauben sogar, dass der Verlust an Biodiversität negative wirtschaftliche Folgen haben kann. Sir Nicholas Stern hat in Bezug auf den Klimawandel in seinem „Review“ (2006) die Fakten zu den wirtschaftlichen Schäden geliefert und die weitaus geringeren Kosten konsequenten Gegensteuerns dagegengestellt. Eine solche Studie zum Thema Biodiversität ist derzeit in Arbeit. Wir werden dazu beitragen, dass die Erkenntnisse dieser Studie eine ebenso große Dynamik in der Diskussion über Biodiversität auslöst wie der „Stern Review“ in der Debatte über den Klimawandel.

Biodiversitätsschutz: ein Netz des Lebens

Wichtiges Thema der COP 9 wird die Schaffung und Umsetzung von Schutzgebietsnetzen sein. Europa hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 20 Prozent seiner Flächen zu Schutzgebieten zu machen. Deutschland hat sich im Bundesnaturschutzgesetz unter Rot-Grün verpflichtet, auf 10 Prozent der Fläche ein Biotopverbundsystem einzurichten. Durch die Politik der großen Koalition werden diese Ziele nicht erreicht. Sie werden in der Diskussion über das UGB sogar in Frage gestellt. Zudem muss ein nachhaltiges Finanzierungssystem für die Umsetzung und Management der Flächen geschaffen werden. Aber auch außerhalb von Schutzgebieten muss biologische Vielfalt erhalten bleiben. Allein in Deutschland werden täglich etwa 100 Hektar Fläche versiegelt und nur unzureichende Ausgleichsmaßnahmen geschaffen. Es ist das Bestreben der meisten Bundesländer, Ausgleichsmaßnahmen durch Geldzahlungen zu ersetzen, um eine Beschleunigung von Projekten zu erreichen. Dies hätte jedoch eine schnellere Naturzerstörung zur Folge. Die Bundesregierung muss diese Vernichtung von Habitatflächen unmittelbar aufhalten und auf höchstens 30 Hektar bis 2020 pro Tag reduzieren. Ziel muss es sein, eine ausgeglichene Flächenbilanz zu erreichen. Ähnliches gilt für die Ausweisung von Meeresschutzgebieten: einzelne ausgewiesene Schutzflächen schaffen weiterhin keinen wirksamen Schutz gegen die Übernutzung unserer natürlichen Ressourcen.

Biodiversitätsschutz ist Klimaschutz

Lebensräume wie Wälder, Sümpfe und Korallenriffe binden große Mengen an CO₂ und regulieren so unser Klima. Doch nicht nur beim Schutz, auch bei der Anpassung an den Klimawandel spielt Biodiversität eine große Rolle: Feuchtgebiete dämpfen Extremwetterlagen, Auen wirken als Puffer für den Wasserhaushalt, z.B. bei Überschwemmungen, und vielfältige Genpools statt Monokulturen können schneller und flexibler auf Veränderungen im Rahmen des Klimawandels reagieren.

Ein Großteil der globalen Treibhausgasemissionen resultiert aus der Umwandlung natürlicher Vegetation in Nutzflächen, vor allem durch die Rodung von Wäldern. Allein die Rodung der Urwälder trägt etwa 20 Prozent zur weltweiten Klimaerwärmung bei. Andersherum erleben wir, dass unsere Ökosysteme kollabieren, weil sie dem enormen Anpassungsdruck durch die Klimaerwärmung nicht mehr standhalten können. Sie sind gezwungen sich enorm schnell anzupassen, sind aber häufig so geschädigt, dass sie das nicht können. Wenn der Klimawandel weiterhin so drastisch voranschreitet, werden bis 2050 mindestens 30 % der Arten ausgestorben sein. Es ist deshalb dringend notwendig, dass die COP 9 sich auf ein weltweites Waldschutzsystem einigt.

Biodiversitätsschutz ist Gerechtigkeit

Die ärmsten Länder der Welt verfügen vielfach über einen großen Reichtum biologischer Vielfalt. Ca. 80 Prozent unserer biologischen Vielfalt befindet sich in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Solange wir die wirtschaftliche Dimension des Handels mit Hölzern und genetischen Ressourcen ausblenden, wird es keine Lösung des Problems geben. Wir fordern deshalb ein Importverbot für nicht-zertifiziertes Tropenholz. Klar ist auch, dass es für den Schutz tropischer Wälder vor Umwandlung in landwirtschaftliche Nutzflächen eines gerechten Vorteilsausgleich bedarf, damit die zumeist armen Länder den dadurch ausbleibenden ökonomischen Profit nicht alleine tragen müssen. Mit der Konvention zur biologischen Vielfalt haben die Ursprungsländer die Anerkennung ihrer nationalen Souveränität über ihre genetischen Ressourcen durchgesetzt. De facto jedoch ist das Verhältnis zwischen Bereitstellern und Nutzern nicht geklärt. Ursprungsländer und insbesondere indigene Völker, dürfen den Zugang und die Rechte über ihre natürlichen Lebensgrundlagen nicht verlieren. Eine Patentierung von natürlichen Ressourcen durch multinationale Konzerne darf es nicht geben! Der Zugang zu genetischen Ressourcen und der Schutz von Biodiversität muss im Rahmen eines gerechten Vorteilsausgleichs als Instrument im Kampf gegen Armut wirksam werden.

Biodiversitätsschutz erfordert eine ökologische Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist gleichzeitig der größte Faktor zur Vernichtung und zum Erhalt biologischer Vielfalt. Leider findet dieses Thema auf der COP 9 keine Berücksichtigung.

Landwirtschaftliche Tätigkeit hat über die Jahrtausende durch Züchtungen, die sich an die ökologischen Systeme vor Ort anpassten, für ein breites Fundament an Kulturpflanzen und Haustierrassen gesorgt. Diese Agrobiodiversität ist heute in hohem Maße gefährdet. Heute gilt, je höher entwickelt eine Region, umso reduzierter die Agrobiodiversität. So ist es kein Wunder, dass Europa den höchsten Prozentsatz bereits ausgestorbener oder gefährdeter Tierrassen verzeichnet. 55 Prozent der Säugetiere und 69 Prozent der Geflügelrassen sind in Gefahr. Hier gilt, nachhaltige Nutzung ist Schutz. Vielfalt in den Regalen und auf dem Teller braucht Vielfalt auf den Feldern. Dies ist ein zentraler Beitrag zum Erhalt unserer biologischen Vielfalt und der jeweils heimischen Sorten und Arten, die den Landwirten auch in Zukunft ein Auskommen und die globale Ernährung sichert. Wir Grüne fordern, die EU-Agrarsubventionen verbindlich an Kriterien des Biodiversitäts- und Klimaschutzes zu knüpfen; d.h. eine reduzierte Basisprämie mit einem Bonus für besondere Leistungen zum Schutz von Biodiversität, Klima und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Darüber hinaus muss es eine verstärkte Förderung des Anbaus regional-spezifischer Kulturpflanzen und der ökologischen Landwirtschaft geben, die zum Erhalt von Ökosystemen beiträgt. Der Gentechnik auf unseren Äckern erteilen wir eine klare Absage.

Biodiversitätsschutz erfordert ökologische und soziale Standards für Bioenergien

Der Anbau von Bioenergie boomt und ist zu einer Kernfrage für den Erhalt der biologischen Vielfalt geworden. 90 Prozent der Regenwaldholzung findet inzwischen zu Anbauzwecken von Palmöl oder Soja als Agrartreibstoffe und Futtermittel für die Fleischproduktion statt. Auch hierzulande findet ein zunehmender großflächiger Anbau von Bioenergiepflanzen statt, die auch als Nahrungsmittel geeignet sind. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Wir Grüne haben mit steuerlichen Anreizen dazu beigetragen, dass kleine und mittelständische Agrarbetriebe in Deutschland sich in diesem Bereich engagiert haben. Die von der großen Koalition durchgesetzte alleinige Konzentration auf Beimischung von Biokraftstoffen befördert allerdings große zentrale Strukturen der Mineralölkonzerne, die kaum Rücksicht auf nachhaltig angebaute Bioenergien legen. Diesen Beimischungszwang kritisieren wir scharf, weil er Monokulturen von Palmöl bis Mais fördert. Eine steuerliche Begünstigung von Agrartreibstoffen muss deshalb künftig an die von uns geforderte verbindliche ökologische und soziale Folgenabschätzung des Energiepflanzenanbaus gebunden werden. Staatliche Förderung muss sich auf nachweislich ökologische Erzeugungsmethoden und dezentrale Nutzung beschränken. Wir wollen die Erzeugerländer unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der Entwicklungszusammenarbeit bei der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zur nachhaltigen Bioenergie- und Lebensmittelherzeugung unterstützen. Zudem wollen wir sicherstellen, dass der Anbau pflanzlicher Kraftstoffe der nachhaltigen Entwicklung und Wertschöpfung in den jeweiligen Ländern zu Gute kommt. Entsprechende Regelungen müssen auch im Rahmen der Welthandelsorganisation getroffen werden.

Die Einfuhr von Bioenergien und anderen landwirtschaftlichen Produkten, deren Erzeugung mit Raubbau am Regenwald und der Biodiversität einhergeht, lehnen wir entschieden ab. Solange in Exportländern eine glaubwürdige Zertifizierung und Kontrolle nicht gewährleistet ist, muss der Import nach Europa ausgeschlossen sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend in diesem Sinne gegenüber EU und WTO tätig zu werden. Wir brauchen dringend eine Nachhaltigkeitsverordnung, die verbindlich den Anbau von Biomasse regelt. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf greift allerdings viel zu kurz. Er basiert im Wesentlichen auf der ökologisch unzureichenden "guten fachlichen Praxis" in der Landwirtschaft, außerdem fehlen Sozialstandards im Kriterienkatalog völlig. Der Begriff der „guten fachlichen Praxis“ bedarf einer Definition aus Sicht des Biodiversitätsschutzes und nicht wie bisher der Nutzerverbände.

Biodiversitätsschutz ist grün

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich dafür stark, dass Deutschland beim Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt europaweit und global eine Führungsrolle übernimmt. Biodiversitätsschutz muss als Querschnittsaufgabe in die unterschiedlichen Politikbereiche integriert werden. Und es gilt: Deutschland muss mit gutem Beispiel voran gehen: eine umfassende Biodiversitätspolitik ist nötig und möglich. Wir müssen unsere heimischen Lebensräume und Arten wie Moore und Wälder, den Wolf, den Bär und den Schweinswal, aber auch bedrohte Nutztiere wie die Biene schützen. Wir Grünen sind uns dieser Verantwortung bewusst. Der Erhalt unserer biologischen Vielfalt duldet keinen Aufschub. Wir setzen uns für eine nachhaltige Politik und für eine gesellschaftliche Alltagskultur ein, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie Gesundheit, Wohlbefinden und Klimaschutz vereint.

Beschluss: Einstimmig